



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/159 - 14.7.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Parteitag der FDP	S. 1
Eine seltsame Ernennung - Bericht aus Madrid -	S. 3
Vom Schicksal der ehemaligen DP's	S. 4
Verfassungs-Theologie (Glosse)	S. 6
Zum Gedenken Salomon Grumbachs	S. 2a

## Gehauen musste werden - aber wer ?

R.D. In Essen haben die "freien" Demokraten getagt. Sie hatten einen ausserordentlichen Parteitag einberufen, um unter Ausschluss der Öffentlichkeit die badisch-württembergischen Demokraten wegen ihrer Koalition mit den Sozialdemokraten zurechtzurücken. Ziel war: Aufspaltung dieser Koalition, da "die Regierungsbildung in Baden-Württemberg der politischen Aufgabe der Freien Demokratischen Partei angesichts der staatsgefährdenden Obstruktionspolitik der Sozialdemokratischen Partei im Bunde zuwiderläuft".

Die Landesverbände Hessen und Nordrhein-Westfalen hatten Entschliessungen vorgelegt, die Ministerpräsident Maier zur Auflösung der Koalition zwingen sollten. Hinter diesen Entschliessungen stand die bekannte Sorge um das Stimmenverhältnis und die Entscheidungen im Bundesrat in Fragen der Bundespolitik und stand der Druck der Bonner Koalition auf die Führung der FDP. Letztlich steht mit dem Stimmenverhältnis im Bundesrat die gesamte Politik der Bundesregierung auf dem Spiel. Der Kanzler möchte sie nicht aus landespolitischen Zweckerwägungen gefährdet sehen - sagt er - und weiterhin ist er betrübt über die Abseitsposition der südwestdeutschen christlichen Demokraten. Die Demokratie ist ihm ohne politisch - klerikales Vorzeichen

schlechterdings undenkbar.

Aber die südwestdeutschen freien Demokraten waren auf diesem Parteitag so frei, sich der Einschränkung ihrer demokratischen Entscheidungsfreiheit zu widersetzen; sie waren nicht nur zum Befehlsempfang vor Herrn Euler nobis Freunden angetreten und waren nicht gewillt, sich dessen allein staats-erhaltenden frei-demokratischen Symbolen zu beugen. Dem Parteitag blieb nichts übrig, als das "zur Kenntnis" zu nehmen.

Nun, er hat nicht gern zur Kenntnis genommen und Blücher tritt auch nicht gern mit leeren Händen vor seinen Regierungschef. Aber hier ging es ernsthaft um den Bestand seiner Partei. Die Frage hiess tatsächlich: Aufspaltung der Partei oder Aufspaltung der Bonner Koalition. Die Interessengegensätze innerhalb der Partei scheinen grösser zu sein, als jene in der Bonner Koalition. Und so hat der labilere Zustand die Entscheidung bestimmt. Es wäre zu blamabel gewesen, wenn dieser Parteitag anstatt mit der Auflösung der Stuttgarter Regierung mit der Spaltung der FDP geendet hätte.

Da sich nun niemand hauen liess, der nicht wiedergesehen hätte, aber unbedingt gesehen werden musste - denn warum sollte man den schönen Groll, mit dem man nach Essen gefahren war, wieder mit nach Hause nehmen - so haute man auf jene, die nicht da waren: Auf die bösen Marxisten, ihre klassenkämpferisch überhebliche Unduldsamkeit, ihren Radikalismus und ihre "staatsgefährdende Obstruktionspolitik". Das ist zwar eine seit tausend und etlichen Jahren abgegriffene Methode, aber warum sollte man sie nicht wieder aufwärmen, da sie doch so erfolgreich war und keine neuen geistigen Unkosten macht.

So hat der FDP-Parteitag der SPD den Kampf angesagt. Das ist nichts Neues. Er tat es mit starken Worten. Auch das ist nichts Neues. Wir werden es ertragen - zumal es eine alte Weisheit ist, dass jemand umso schwächer ist, je lauter er schreit.

Fünfzig Jahre politischer Kämpfer

Der Tod Salomon Grumbachs, der am Sonntag im Alter von 68 Jahren an den Folgen einer Operation verstorben ist, bedeutet einen schweren Verlust für sein Land wie für die Internationale der sozialistischen Demokratie.

Er ist viel zu früh gestorben, zumal, wenn man bedenkt, mit welcher geradezu jugendlichem Schwung, mit welcher unermüdlischen Arbeitskraft und Energie er bis zuletzt ausgestattet war. Nirgendwo, bei internationalen Begegnungen in kleinerem Kreis, auf Kongressen oder grossen öffentlichen Kundgebungen konnte man ihn trotz seiner kleinen Gestalt übersehen - mit seinem scharfen Verstand, seinem fast unbändigen politischen Temperament und seiner grossen rednerischen Begabung setzte er sich schnell und wirkungsvoll als eine der Persönlichkeiten durch, die bestimmenden Einfluss hatten.

Grumbach war einer der wenigen noch lebenden Männer aus der internationalen Arbeiterbewegung, die seit rund einem halben Jahrhundert führend in der politischen Arbeit stehen. Seine umfassenden persönlichen Beziehungen in aller Welt verschafften ihm einen vorzüglichen Einblick in die internationalen Zusammenhänge. Das deutsch-französische Verhältnis in seiner ganzen verwickelten Problematik und diffizilen Vielschichtigkeit kannte in Frankreich - und kaum sonst wo im Auslande - niemand so gut wie er, der als geborener Elsässer das Deutsche so gut wie das Französische beherrschte. So war es kein Zweifel, dass er, in weitem Abstand vor jedem anderen sozialistischen Politiker ausserhalb Deutschlands, als erster auf dem Parteitag der SPD in Hannover im Jahre 1946 erschien und zu seinen deutschen Freunden sprach.

Salomon Grumbach war eine ausgesprochen eigenwillige und für seine politischen Freunde wie Gegner gewiss nicht immer bequeme Persönlichkeit. Niemand aber käme auf den Gedanken, seine grosse politische Befähigung und seinen lautereren Charakter in Zweifel zu ziehen. Der demokratische Sozialismus in der Welt hat in ihm eine der unermüdllichsten, aufrechtesten und verdienstvollsten Kämpfernaturen verloren.

-11.

+ + +

- 3 -

Himmlers Schatten über MadridVon unserem R-w-Spanien-Mitarbeiter

Die Bürgermeister aller spanischer Gemeinden über zehntausend Einwohner werden, seit General Franco über Spanien herrscht, direkt vom Innenminister ernannt. Natürlich nimmt der Innenminister derartige Ernennungen, zumal, wenn es sich um politisch gefährliche Großstädte handelt, nicht ohne Fühlungnahme mit dem Staatschef vor. Das Führerprinzip, das Deutschland bekanntlich herrlichen Zeiten zuführte, gilt unverändert in Spanien.

Daher ist es kein Zufall und noch weniger die Folge irgendwelcher Volksstimmungen, wenn politisch namhafte Persönlichkeiten zu Bürgermeistern weltbekannter Großstädte ernannt werden. Die kürzlich erfolgte Ernennung eines neuen Bürgermeisters von Madrid ist alles andere als ein Zufall. Man behauptet zwar, dass die brüske Verabschiedung des bisherigen Bürgermeisters, des Grafen de Santa Marta de Babio, mit einem Strassenbahnunglück zusammenhänge, das eine Anzahl von Todesopfer gekostet hatte.

Die tatsächlichen Gründe aber scheinen vielmehr politischer Art zu sein, denn der neue Bürgermeister von Madrid, José Finat y Escrivá de Romani, Graf von Mayalde, ist alles andere denn ein unbeschriebenes Blatt in der blutigen Geschichte Franco-Spaniens. In jener Zeit, in der General Franco seinen Staatsstreich vorbereitete, war der Graf von Mayalde ein ebenso diskreter wie tüchtiger Botschafter. In der kontrollierten Presse Franco-Spaniens spricht man von "wichtigen Missionen", die der neue Bürgermeister damals für die an der Verschwörung gegen die Republik beteiligten Generäle durchführte.

Wichtig waren diese Missionen unzweifelhaft. Es handelte sich darum, Hitler dazu zu bewegen, gegebenenfalls tätige Waffenhilfe zu leisten. Bekanntlich hat es an dieser Waffenhilfe nicht gefehlt. Und als Dank Hitler und Mussolini die spanische Republik im Bürgerkrieg unterlag, wurde der Graf von Mayalde zum Generalsicherheitsdirektor ernannt. Dieser Posten entsprach zu jener Zeit etwa der Stellung von weiland Heinrich Himmler im Dritten Reich. Nicht nur das: Mayalde wurde in seinem wichtigen Amt von Himmler selbst angeleitet.

So erklärt es sich, dass die spanische politische Polizei in einem Lande, für das das Wort "Organisation" fast ein unbekannter Begriff ist, mit deutscher Tüchtigkeit und Umsicht organisiert wurde. In den anderthalb Jahren seiner Amtsführung als Generalsicherheitsdirektor wurden nicht nur unzählige Massenerschiessungen der republikanischen Kriegsgefangenen vorgenommen, sondern vor allem der polizeiliche Terror nach dem Vorbild der Gestapo durchorganisiert. Himmler kam sogar eigens nach Madrid, um seinen spanischen Freund mit guten Ratschlägen zu versorgen. Zu jener Zeit wurde in Spanien das deutsche Blockwartssystem eingeführt und jene umfangreiche Kartei der Verdächtigen angelegt, die derzeit noch über acht Millionen Leitkarten enthält.

Man kann also wohl sagen, dass die Ernennung des Grafen von Mavalde zum Bürgermeister der Hauptstadt Spaniens ihre besondere politische Bedeutung hat. Der derzeitige Botschafter der USA hat sich gerade dieser Tage wieder einmal sehr optimistisch über die Möglichkeit bilateraler Abkommen mit Spanien zwecks Verteidigung der Demokratie gegen den bolschewistischen Totalitarismus! - geäußert. Offenbar legt es Franco durch politische Demonstrationen von der Art dieser Bürgermeister-Ernennung darauf an, den Westmächten zu zeigen, wie betont er auch künftig auf seiner Linie des totalitären Regimes beharren wird - unbeschadet der wirtschaftlichen und sonstigen Hilfe, die er erwartet und die ihm zu geben, "ashington offenbar auch gewillt ist.

+ + +  
Heimatlos in Deutschland

A.M. Sieben bis acht Millionen Ausländer waren bei Kriegsende in Deutschland - Fremdarbeiter, Verschleppte, Kriegshelfer und auch Viele, die vor den Russen geflohen waren. Ihre Betreuung übernahm die UNNRA und später die IRO. Der weitaus grösste Teil kehrte in die Heimat zurück, viele wanderten aus, weil sie meist aus politischen Gründen nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren konnten. Der Rest blieb in Deutschland. So leben heute 60.000 Polen, 20.000 Jugoslawen, 30.000 Ukrainer, 25.000 Balten, Esten, Letten und 50.000 Staatenlose, insgesamt rund 200.000 Ausländer, im Gebiet der Bundesrepublik. Die meisten von ihnen können nicht auswandern,

weil sie aus gesundheitlichen Gründen den oft strengen Bestimmungen der Einwanderungsländer nicht genügen.

#### Verschleppte werden eingebürgert

Alle diese waren D.Ps (Displaced persons) - heute sind es Menschen ohne Heimat, -heimatlose Ausländer, wie das "Gesetz über die Rechtstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet" vom April vorigen Jahres sie nennt. Nach den Bestimmungen der Flüchtlings-Konvention der Vereinten Nationen sind sie als echte politische Flüchtlinge anerkannt und geniessen den Schutz des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Genf oder seiner Beauftragten in den Ländern.

Das seit gut einem Jahr geltende Gesetz regelt nun die Rechtstellung dieser Heimatlosen. Es gibt ihnen Rechte und Pflichten. Sie fallen nur dann unter das Gesetz, wenn sie bis 30.6.1950 in Deutschland gelebt haben und als heimatlose Ausländer anerkannt sind. Sie werden zwar nicht deutsche Staatsbürger - viele wollen das auch gar nicht - aber sie sind den Deutschen gleichgestellt. Sie unterstehen deutschen Gesetzen, deutsche Gerichte sprechen Recht über sie, sie müssen Steuern zahlen, aber sie haben auch das Recht, sich überall im Bundesgebiet niederzulassen. Wenn sie Deutschland vorübergehend verlassen, behalten sie alle diese Rechte, wenn sie innerhalb von zwei Jahren wieder nach Deutschland zurückkehren.

#### 4 Millionen für 200.000.

Von diesen rund 200.000 heimatlosen Ausländern in Deutschland werden nach einer Schätzung des Beauftragten des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland kaum mehr als 10.000 auswandern. Der Rest muss in Deutschland eingebürgert werden. Um diese Eingliederung zu erleichtern, hat die Bundesrepublik bei der Vertriebenen-Bank in Bad Godesberg den dort noch vorhandenen IRO-Fonds um zwei Millionen aufgefüllt. Ausserdem sollen zwei weitere Millionen für Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Da die 200.000 Ausländer sehr unterschiedlich auf die deutschen Bundesländer verteilt sind, wird zurzeit ein innerdeutscher Austausch angestrebt. Allein in Bayern leben z.B. über 100.000, davon noch

55.000 in Lagern.

#### Londoner Reiseausweis statt Nansenpass

Der Hohe Kommissar für Flüchtlingswesen der Vereinten Nationen in Genf hat mit seinen Beauftragten in Deutschland, England, Amerika, Österreich, Italien, Belgien, Kolumbien und Siam vor allem die Aufgabe übernommen, die rechtliche Situation der heimatlosen Ausländer international zu klären und zu regeln. So wurde auch jetzt nach der Flüchtlings-Konvention anstelle des Nansen-Passes der sogenannte "Londoner Reiseausweis" geschaffen, der in allen Mitgliederstaaten der Vereinten Nationen Gültigkeit hat. Schliesslich werden zurzeit für das Gebiet der Bundesrepublik in allen Ländern Arbeitsgruppen gebildet, mit denen die deutschen Behörden zusammen arbeiten, um eine möglichst schnelle und reibungslose Eingliederung zu erreichen.

+ + +

#### Verfassungs-Theologie

Der Verfassungsausschuss in Stuttgart hat seine Beratungen aufgenommen. Neben den Entwürfen der Regierung hat auch die CDU einen oppositionellen Entwurf eingereicht, der allerdings noch nicht vollständig vorliegt. Dafür war man umso tüchtiger in der Interpretierung der Grundbegriffe der Volkssouveränität. Da hatte nämlich die Regierung vorgeschlagen zu sagen: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Das ist zwar nicht eben neu; diesen Satz las man längst vor der Bildung des Südweststaates in diversen anderen Verfassungen, und jedermann fand das bisher in völlig demokratischer Ordnung. Nicht aber die badisch-württembergische CDU von 1952 - wozu ist man auch Oppositionspartei!

Sie beantragte die völlige Streichung dieses Satzes. Und zwar mit der in der Geschichte der Verfassungen völlig neuen Begründung, dass die Staatsgewalt von Gott ausgehe, vom Volk aber höchstens ausgeübt werden könne.

Diese Verfassungs-Theologie eröffnet liebliche Perspektiven. Es wäre zu erwägen, ob man dann nicht gleich die Verfassung von Theologen statt von Politikern ausarbeiten lassen sollte. Ernst gesprochen, erscheint dieser Stuttgarter Zwischenfall als ein bezeichnendes Symptom für die wachsende Klerikalisierung in der Politik und dies nicht etwa nur im deutschen Südwesten.

Pr.

Verantwortlich: Peter Raunau